



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Das europäische Gleichgewicht der Zukunft.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Werner, seinem ersten Drama nach dem Vorbild Kogebues: „Wir alle sind des Staubes schwache Söhne und niemand ist, der sich rühmen könnte, die Gedanken Gottes zu errathen.“

Aber der Dichter hat noch einen höhern Zweck.

Der erste Band ist nur das Vorspiel: „die nachfolgende Dichtung will, so weit dem Wort eine Wirkung zukommen kann, beitragen helfen, die vaterländische Einheit zu fördern . . . sie will einem großen sehnächtigen, auch von ihr heilig gehaltenen Hang und Drang der christlichen Völker würdige Ziele zeigen, sie will für jede heraufziehende Entscheidung den germanischen Kampfesmuth schüren, tausendjährigen Siegerstolz nähren helfen“ . . .

„Der Verfasser widmet das Buch seinem Volke und seiner Zeit.“

Also Einheit des Vaterlandes! höheres Christenthum! germanischer Kampfesmuth! — —

Als Heine im Wintermärchen die hamburger Zustände bespricht, erzählt er, wie ihn die Göttin Hammonia vor eine runde Oeffnung führt, in welche er den Kopf stecken soll:

Was ich gesehn, verrathe ich nicht,  
Ich habe zu schweigen versprochen,  
Erlaubt ist mir zu sagen kaum,  
O Gott! was ich gerochen — — —

Ich denke mit Widerwillen noch  
An jene schnöden, verfluchten  
Vorspielgerüche, das schien ein Gemisch  
Von altem Kohl und Luchten u. s. w.

## Das europäische Gleichgewicht der Zukunft.

Es ist natürlich, daß, wenn ein Staat an einem Wendepunkt seiner Laufbahn angekommen zu sein scheint, denkende Männer die Frage erörtern, welches ihr Fortgang sein wird. Diese Erörterung kann öffentlich oder geheim geführt werden. Allgemeine Erwägungen über die Zukunft wird man in einem wohlgeordneten Staatswesen in unserer Zeit schwerlich tadeln, sie sind der unwillkürliche Ausdruck der geistigen Bewegung und nicht nur unschädlich, sondern nothwendig. Anders verhält es sich mit bestimmten praktischen Vor-

schlägen, dies zu thun und jenes zu lassen; zwar in großen und drängenden Krisen spricht sich meist der politische Instinct des Volkes mit unwiderstehlicher Gewalt aus, und es wäre Vermessenheit, diese Stimme zu misachten, aber wo die Entscheidung nicht drängt, wo man bloß daraus, daß eine andere Hand das Staatsruder erfaßt oder neue politische Factoren sich entwickeln, folgert, es stehe ein Umschwung der Dinge bevor, da werden die verschiedenen Rathschläge vorsichtig zu wägen sein, man wird vor allem fragen, wer ihr Urheber sei, ob er besonders über die Verhältnisse unterrichtet, ob er praktisch sich in Staatsgeschäften bewährt, mit einem Wort, welches seine Autorität sei.

Wir haben deshalb auch die Reihe der anonymen Flugschriften, welche die künftige Politik Preußens erörtern, mit einem gewissen Mißtrauen in die Hand genommen. Wären sie Denkschriften, welche einem Fürsten vorgelegt werden sollten, so hätten sie wegen dieser Bestimmung schon Interesse, so aber wird man sie als bloße politische Betrachtungen anzusehen haben, bei denen es darauf ankommt, inwiefern sie richtig und zeitgemäß sind. Die bedeutendste der Broschüren möchte die zuletzt erschienene sein: Das europäische Gleichgewicht der Zukunft. Berlin, Springer. Sie zeichnet sich durch eine praktischere Behandlung und namentlich durch eingehendere geschichtliche Begründung aus. Obwol wie ihre Vorgängerinnen im besondern Hinblick auf Preußen geschrieben, ist ihr Horizont doch weiter, sie ist, wie der Titel besagt, eine wirkliche Erörterung des Verhältnisses der europäischen Hauptstaaten; einige Capitel, z. B. die Geschichte der englischen Seeherrschaft bieten ein vollständiges Bild und manches Neue, vielfach finden wir glückliche Ausdrücke und treffende Schilderungen; aber obwol in der Einleitung sehr richtig das Rufen nach einer englischen Allianz um jeden Preis, ohne bestimmte Ansicht von deren augenblicklicher Zweckmäßigkeit, getadelt wird, obwol der Verfasser betont, man müsse die politischen Machtfragen von dem Gesichtspunkt des Möglichen und Nützlichen behandeln, so finden wir diesen Gesichtspunkt oft außer Augen gelassen. Wenn z. B. S. 102 gesagt wird: eine engere und unlösbarere Vereinigung aller deutschen Staaten unter einem Haupte, einem Oberhaupt sei nothwendig, der Verfasser aber stelle keineswegs von vornherein die bestimmte Ansicht auf, daß dieses Oberhaupt Preußen und das preussische Regentenhaus sei und nur sein könne, vielmehr sei es derjenige Staat, der es am geeignetsten und füglichsten sein könne, so möge es nicht Preußen, sondern Baiern, Hessen, Neuß, Lichtenstein, oder jeder andere Staat sein, wenn etwa der eine oder der andere dieser Staaten dazu befugter, befähigter und geeigneter sein sollte, nur einer solle und müsse es sein — so weiß man doch nicht, ob der Verfasser sich das Verhältniß der deutschen Staaten klar gedacht hat. Wie man auch nach dem flüchtigsten Blick auf die neuere vaterländische Ge-

schichte glauben kann, Preußen oder auch nur Württemberg werde sich einem mittel- oder kleinstaatlichen Oberhaupt unterordnen, ist nicht begreiflich. Der Verfasser führt zwar an, daß in einer Note vom 16. Novbr. 1814 die Bevollmächtigten von 29 Staaten feierlich ihre Bereitwilligkeit erklärt, zum Besten des Ganzen auf jede nothwendige Beschränkung ihrer Souveränität eingehen zu wollen, wobei namentlich ein gemeinsames Bundesoberhaupt in Aussicht genommen, welchem Vollziehungsgewalt, Bundesjustiz, Kriegsmacht des Bundes ausschließlich übertragen sein sollte, so daß dieses Oberhaupt als erster Repräsentant der deutschen Nation nach Innen und Außen, als Garant der Verfassung, als deutscher Freiheit Regide sich darstelle. Aber er vergißt, daß diese Anerbietungen, unter dem frischen Eindruck des jüngstvergangenen Gloriums und der Befreiungskriege gemacht, nicht in das Gebiet des wirklichen, verbindlichen Rechtes übergegangen sind; die einzige einheitliche Spitze, welche die Bundesverfassung kennt, ist der Oberfeldherr, der jedesmal wenn die Aufstellung des Kriegsheeres beschlossen wird, von dem Bunde erwählt wird. Seine Stelle hört mit der Auflösung des Heeres wieder auf (Art 13 der Grundzüge der Kriegsverfassung des d. B.). Man kann aber noch dazu kaum sagen, daß die Sache praktisch geworden, da die Verhältnisse bei Ausbruch des schleswig-holsteinischen Krieges ganz exceptioneller Art waren und Oestreich namentlich kaum eine Stimme hatte. Der Verfasser übersieht ferner, daß selbst, wenn jene angebotenen Beschränkungen der Einzelsouveränität formelles Recht geworden wären, damit noch keineswegs gesagt wäre, daß sie ins wirkliche Leben eingetreten wären. Das höchste Gesetz der Souveränität ist ihre Erhaltung, man kann sie vernichten, ihre wesentlichen Befugnisse können durch die Gewalt der Umstände suspendirt sein wie 1848, aber man kann ihr dieselben nicht dauernd nehmen, ohne daß sie aufhört, sie selbst zu sein. Die deutschen Staaten haben es in vierzig Jahren noch nicht dahin gebracht, einen gemeinsamen Consul zu haben, wie hätten sie sich einem Oberhaupt untergeordnet! — Ein anderes Beispiel der Optimistik ist es, wenn der Verfasser hofft, Oestreich werde seinen ausschließlich östlichen Beruf erkennen und verheißt, Deutschland werde ihm dabei treulich zur Seite stehn. Daß dies die beste Auseinandersetzung zwischen Oestreich und Deutschland sei, bezweifeln wir nicht, aber der Knoten liegt doch eben darin, daß Oestreich wol gewillt ist, seine Macht nach Osten auszudehnen, aber seinen Einfluß auf Deutschland dabei so wenig aufgeben will, als den in Italien. So fest ist es darin, daß es kaum halb der Revolution Meister sich beeilte, das Programm von Kremser zu widerrufen und *va banque* spielte, um jene Ausschließung aus Deutschland zu verhindern. Wenn endlich S. 118 gesagt wird: „Oestreich und Preußen könnten die Unabhängigkeit, die Sicherheit des deutschen Bundes für immer begründen, durch einen Druck ihrer Hand, durch eine

That der Versöhnung und den Bund zu dem Range erheben, der ihm gebühre unter den Staaten Europas“, so klingt das mehr begeistert als verständig. Daß Oestreich und Preußen einig gegen das Ausland seien, kann niemand lebhafter wünschen als wir, wir sind auch überzeugt, daß dann die andern deutschen Staaten mitgehen müssen, aber dann sind es eben Preußen und Oestreich, welche letztere zwischen sich nehmen und nicht der deutsche Bund, was die Einheit nach außen macht.

Wenn das Parterre deutscher Hauptstädte das Wort eines neuen Schauspiels mit Beifall begrüßt: „Oestreich sei das Schild und Brandenburg das Schwert Deutschlands,“ so ist das erklärlich, aber für den praktischen Politiker sind dergleichen Appellationen an das Gefühl werthlos.

Versuchen wir nun auf den Kern dieser Schrift, das europäische Gleichgewicht einzugehen. Die Staaten sind wie die Individuen nicht gleich, sondern ungleich an Ausdehnung und Kraft. Jenachdem nun entweder ein Stärkerer herrscht oder seine Macht durch die Vereinigung mehrer Schwächern eingeschränkt wird, findet eine Unterordnung oder eine Nebenordnung statt. Ersteres während Roms Herrschaft im Alterthum und in der Blütezeit des deutschen Kaiserthums; um Rom und das deutsche Reich bewegten sich die andern Staaten wie Planeten um die Sonne.\*) Die Gruppierung selbstständiger politischer Gemeinwesen nebeneinander ist die Ordnung der Neuzeit geworden, und hier hat sich vermöge des dynamischen Gesetzes, welches in der körperlichen wie in der sittlichen Welt gilt, das Bedürfniß eines Gleichgewichts, einer gewissen Vertheilung und Abwägung der politischen Macht herausgestellt.

Nach diesem Gesetz kann keiner der nebeneinanderbestehenden Staaten die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit eines andern bedrohen, ohne jenes Gleichgewicht zu stören, und muß, falls letzteres eine wirkliche Nothwendigkeit ist, so entschiedenen Widerstand der sämmtlichen andern Staaten erfahren, daß er sich gezwungen sieht, von seinem Vorhaben abzustehn. Den Inbegriff der als verbindlich anerkannten Bestimmungen, welche die Beziehungen der unabhängigen Staaten zueinander regeln, nennen wir das Völkerrecht. Hierin und in den wechselseitigen Verträgen ruht das Gesetz, welches die Staaten untereinander verbindet. Aber während das Individuum im Staate d. h. des Bürgers unter dem Schutze des Gesetzes steht, dessen Vollziehung die höchste Gewalt sichert, steht über unabhängigen Gemeinwesen weder eine richterliche noch eine vollziehende Macht. Alle Projecte einer solchen sind entweder von philosophischen Träumern oder von schlauen Politikern, welche sie für ihre praktischen Zwecke benutzen wollten, aufgestellt, es hat ein europäisches Amphiktyonengericht nie gegeben und wird nie eines geben. Auf ihre eigne Schwerkraft

\*) Von Richard Löwenherz heißt es: *deposuit se de regno et se tradidit imperatori, sicut universorum domino.*

und die natürliche Entwicklung der Grundlagen, welche ihnen ihre Stellung gegeben, sind also die Staaten angewiesen und Geschichte des europäischen Gleichgewichtes heißt Entwicklung der Umstände und Bedingungen, durch welche sich das gegenwärtige Machtverhältniß der europäischen Staaten gebildet. Die wichtigsten Ereignisse dieser Geschichte des Gleichgewichtes fallen unter zwei Kategorien: einmal Störung des bestehenden Verhältnisses durch Ueberhebung eines Staates und der Zurückweisung dieser Störung, sodann Verschiebung der bisherigen Stellung durch das Emporkommen neuer politischer Größen. Im Beginn der Neuzeit standen als Hauptmächte da Frankreich, England und die habsburgische Hausmacht; letztere drohte zuerst sich zur Weltmonarchie zu erheben, Frankreich hauptsächlich bekämpfte sie. Dann trat eine Reaction ein gegen die drohende Ausbreitung der bourbonischen Macht, der Geruch der Lilien ward zu stark in Europa, wie der große Kurfürst sagte, und England, bisher durch seine Eifersucht auf Holland beschäftigt, übernahm seit Wilhelm III. die Leitung des Kampfes gegen Frankreich, es gründete hierin seine Seeherrschaft und sein Colonialreich, aus dem es unermessliche neue Hilfsquellen zog, ohne seine Grenzen in Europa wesentlich zu erweitern. Inzwischen wuchs der Verbündete des großen Oranien, Brandenburg, zu einer selbstständigen Macht heran, und Rußland trat seit Peter I. handelnd in die Reihe der europäischen Staaten ein, während Schweden, Holland und Spanien mehr zurücktraten. Zur selben Zeit, wo ein gefährlicher Nachbar an seiner Ostgrenze erwuchs, fand Deutschland, das seit dem westphälischen Frieden nicht mehr der positive, sondern nur der negative Pol Europas war, einen nationalen Führer und Vertreter, um den sich seine zerstreuten Glieder sammeln konnten, wie es zum erstenmale im Fürstenbund geschah. Die Sündflut der napoleonischen Kriege war ein Zwischenact, nach welchem sich dies System nur noch klarer auf dem Congreß von Wien ausbildete. Unser Verfasser gibt in seinem Capitel „Profile“ eine lebendige und gedrungne Skizze des europäischen Staatensystems.

„In der Mitte Deutschland und Oestreich. Im eigentlichsten Mittelpunkt Deutschland, in sich selbst ein Staatensystem, als dessen natürlicher Träger Preußen erscheint, Oestreich an jenes sich anlehnend und eng mit ihm verknüpft, mit seinem Rumpfe aber überwiegend nach dem Osten, nach dem Orient sich senkend. Im Osten Europas Rußland mit seiner ungeheuern Masse hoch den Norden füllend und tief den Süden. Im Westen Frankreich, jenseits frei und kühn auf den Ocean blickend, diesseits Deutschland beschauend. Nordwestlich endlich England, seeumgürtet, die Meere beherrschend. Das ist das Hauptprofil. Dasselbe ergänzend erscheinen in zweiter Linie im Norden die skandinavischen Staaten, im Südwesten die pyrenäische Halbinsel, isolirt und schwach, im Süden die apenninische Halbinsel, ihren schlanken Körper tief hinunter-

gerichtet, und im Südosten zweifelhaften Charakters. Das türkische Reich und Griechenland, Holland und Belgien und die Schweiz füllen die Lücken. Das sind die Außenwerke der Pentarchie.“ — Diese Pentarchie beabsichtigte man in Wien zu einer Art europäischem Aroopag zu erheben, welcher alle Streitigkeiten schlichten sollte, es war die Zeit der Congresse, aber die Sache mißlang, schon seit England sich geweigert, der heiligen Allianz beizutreten, welche dies System befestigen sollte. Die fünf Staaten beriethen allerdings europäische Angelegenheiten miteinander; aber ohne ihre gemeinsame Zustimmung, ja sehr gegen den Willen einiger von ihnen vollzogen sich Aenderungen des Systems, wie die belgische Revolution, die Schöpfung Griechenlands, die Einverleibung Krafkaus u. s. w. Der Verfasser gedenkt namentlich der Türkei und des vielbesprochenen Einflusses ihrer Zerrüttung auf Europa, er läßt aber einen sehr wichtigen Factor außer Augen, die Vereinigten Staaten. Sie liegen zwar in Amerika, aber ihr Einfluß auf das europäische Gleichgewicht ist sehr bedeutend, und sie müssen bei jeder politischen Combination in Betracht gezogen werden. Zwar zweifeln wir nicht, daß, wenn die Mächte der alten Pentarchie einig sind, ihr Wille Gesetz wird, aber sie sind eben sehr oft nicht einig, und da wird viel darauf ankommen, auf wessen Seite die Vereinigten Staaten stehen. Es gibt unsrer Ansicht nach jetzt drei Weltmächte, Rußland, England und Nordamerika, sodann drei große Staaten, Frankreich, Oestreich und Preußen, drittens mittlere und kleine Staaten. Frankreich wird man in der zweiten Reihe den ersten Rang nicht streitig machen können, Oestreich steht ihm an Ausdehnung und Hilfsquellen am nächsten, aber seine disparaten Bestandtheile hindern seine freie Bewegung. Preußen aber wird um so mächtiger sein, je nationaler seine Politik ist. Vor allem aber vergesse es nicht, daß die wahre Kraft von innen kommt, es baue sein Haus inwendig aus und steigere seine Entwicklung zur höchsten Intensität; nach außen deutsch-national, nach innen echt liberal, das ist die wahre Politik der Zukunft.

### Von der preußischen Grenze.

Es gehört zu den Schicklichkeitsregeln des constitutionellen Staatsrechts, die Person des Monarchen ganz aus dem Spiel zu lassen. Die Regel hat einen guten Grund, denn es widersprecht dem Anstandesgefühl, da zu loben, wo ein Tadel unstatthaft wäre. Da wir aber noch immer in einer Uebergangsperiode sind, wird es vielleicht erlaubt sein, an einige Thatsachen zu erinnern, welche der allgemeinen Hoffnung, daß Preußen in eine neue Aera seiner Entwicklung trete, eine größere Berechtigung zu geben scheinen, als sich sonst gewöhnlich an einen Regierungswechsel knüpft.